

1. Artenschutz in NRW

Die schwindende Artenvielfalt ist in aller Munde – dennoch wurde Ende November 2021 die Volksinitiative Artenvielfalt von der derzeit regierenden Koalition aus CDU und FDP abgelehnt. Forderungen nach dem Verbot des Einsatzes von Pestiziden und Mineräldüngern in Schutzgebieten wurde eine Absage erteilt, obwohl so die Natur nirgendwo sicher ist vor den Wirkungen dieser Mittel auf die Artenvielfalt. Der Flächenverbrauch und damit die Lebensraumzerstörung als eine weitere Ursache des Artenschwundes gehen ungehindert weiter.

- Was will Ihre Partei unternehmen, um die Artenvielfalt nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten zu erhalten?
- Wie wollen Sie den Flächenverbrauch in NRW deutlich reduzieren, wie von der Volksinitiative Artenvielfalt gefordert?
- Verstehen Sie die Erhaltung der Artenvielfalt als existentielle Frage und sind Sie bereit, ggf. auch unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen?

2. Ökologisch ausgerichteter Hochwasserschutz

Die Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 hat gezeigt, mit welchen Extremereignissen wir auch in NRW in Zukunft rechnen müssen. Die früher gern eingesetzten technischen Lösungen zur Wasserregulierung, u.a. Kanalisierungen und Talsperren (z.B. Steinbachtalsperre), haben sich diesmal als eine besondere Gefahrenquelle herausgestellt. Stark verbaute Fließgewässer können die großen Wassermassen, die durch die zunehmende Versiegelung noch schneller zu Tal fließen, nicht mehr aufnehmen. Entsiegelung und die Rückgewinnung von Überschwemmungsgebieten und Auenlandschaften sind das Gebot der Stunde, denn eine schnelle Abführung des Wassers an einer Stelle führt nur zu noch höheren Hochwassern und damit Gefahren flussabwärts. Das Wasser muss in der Landschaft verteilt werden und versickern können, anstatt schnell abgeleitet zu werden. Gleichzeitig bieten Auenlandschaften einen Lebensraum für bedrohte Tiere und Pflanzen und können einen Beitrag zur Erhaltung der Artenvielfalt leisten. Eine „Schwammstadt“ ist eine Lösung in urbanen Regionen.

- Wie will Ihre Partei die Hochwasserproblematik angehen?
- Setzen Sie weiterhin auf Verbauung und Verrohrung, oder wollen Sie endlich den Flüssen mehr Raum geben, damit sich das Wasser im Falle eines Falles verteilen kann anstatt wie eine Wasserwalze alles im Wege Stehende mitzureißen?
- Wollen Sie die Landesbauordnung dahingehend ändern, dass Überschwemmungsgebiete nicht mehr bebaut werden dürfen, um Gefahren für die Bewohner*innen vorzubeugen?

3. RWE und die Energiewende im Land NRW

Die neue Bundesregierung hat sich zur Energiewende verpflichtet und plant bis 2030 den Anteil der erneuerbaren Energien in Deutschland auf 80% zu steigern und den Kohleausstieg bis 2038 zu erreichen. In NRW ist RWE der größte Stromversorger und im Moment plant die Firma nach wie vor den Braunkohletagebau Garzweiler auszubauen und Dörfer wie Lützerath dafür abzureißen. Klimaaktivisten fordern, den Kohleabbau und das Abreißen von Dörfern schon vor 2038 einzustellen. Um das Pariser Klimaabkommen einzuhalten, wäre es am besten die Braunkohle im Boden zu lassen, doch RWE stellt seinen wirtschaftlichen Profit über den Beitrag zur Energiewende. Auch sozial betrachtet hat der Abbau von Kohle negative Auswirkungen, da Menschen ihre Heimat verlassen müssen. RWE nimmt diese Enteignungen sowie auch Klimaschäden billigend in Kauf, um bis 2038 noch möglichst viel Kohle abzubauen.

- Was ist Ihre Einstellung gegenüber RWE und dessen Einstellungen zur Energiegewinnung?
- Hat Ihre Partei konkrete Pläne, in den nächsten 5 Jahren etwas für den Kohleausstieg vor 2038 zu tun?

- Unabhängig davon, ob der Kohleausstieg 2038 oder früher stattfindet, wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Arbeitnehmer*innen, die bisher vom Kohleabbau gelebt haben, finanziell abgesichert sind?
- Wie positioniert sich Ihre Partei zu den geplanten Abrissarbeiten in Lützerath und der Forderung, die Kohle im Boden zu lassen?

4. Verkehrswende

Die Klimakrise erfordert eine umfassende und effektive Verkehrswende. Denn der Autoverkehr verursacht durch Schadstoffemissionen und Flächenversiegelung so große Schäden, dass seine Reduzierung und eine deutlich beschleunigte Verlagerung auf den Umweltverbund unumgänglich sind.

- Was möchten Sie in der nächsten Legislaturperiode konkret tun, um den Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr landesweit so zu fördern, dass ein Umstieg auf den Umweltverbund für immer größere Bevölkerungskreise als attraktive Alternative zur Nutzung des Autos angenommen wird?
- Wollen Sie sich dafür einsetzen, den Autobahnausbau in Bonn und in ganz NRW zu stoppen und stattdessen (mit den bereitgestellten Mitteln) die vorhandene Verkehrsinfrastruktur zu sanieren und zu pflegen?

5. Tarifsysteem

Das aktuelle Tarifsysteem der Verkehrsverbände in NRW ist im Vergleich zu anderen Verkehrsverbänden in Deutschland überteuert und äußerst kompliziert. Im Laufe der letzten 20 Jahre sind die Benzinpreise (abgesehen von den letzten 6 Monaten) nur unwesentlich angestiegen, doch die Preise für den Nahverkehr haben sich verdoppelt. Große Erfolge erzielt man gegenwärtig in Österreich mit der Einführung eines „Klimatickets“, eine preisgünstige Jahreskarte (z.B. „365 € Ticket“) für alle öffentlichen Verkehre.

- Wie und bis wann wollen Sie die Finanzierung der Verkehrsverbände umstellen, damit die Fahrpreise in NRW günstiger werden und somit die Nutzung des Nahverkehrs attraktiver wird?
- Was halten Sie von einem Klimaticket NRW, vergleichbar mit dem Klimaticket in Österreich?

6. Schienenausbau

Das klimafreundlichste Verkehrsmittel außer den eigenen Füßen und dem Rad ist der Schienenverkehr. Züge sowie Stadt- und Straßenbahnen haben eine deutlich höhere Kapazität als Busverkehre und sind für die Nutzer deutlich attraktiver. Der Aus- und Neubau der Schieneninfrastruktur ist unerlässlich, um im Modalsplit einen höheren Anteil für den öffentlichen Verkehr zu erreichen.

- Was werden Sie tun, damit es zu einem schnelleren und gleichzeitig naturverträglichen Aus- und Neubau von Schienenstrecken in NRW kommt?
- Werden Sie sich für eine rasche Realisierung der rechtsrheinischen Stadtbahn von Bonn über Niederkassel nach Köln einsetzen?
- Was werden Sie unternehmen, um den Ausbau der linksrheinischen Bahnstrecke zwischen Köln und Bonn Mehlem voranzubringen, um endlich für mehr Pünktlichkeit und die Einführung eines S-Bahn-Verkehrs (S 17) zu sorgen?
- Werden Sie wichtige Netzschlüsse im Bonner Schienennetz wieder in den Landesbedarfsplan aufnehmen und Fördermittel bereitstellen – vor allem für das Schienenprojekt "Tangente Beuel" (Anschluss der Linie 66 ab Haltestelle Adelheidsstraße zum Bahnhof Beuel („Kurve Beuel“), Anschluss an die Konrad-Adenauer-Brücke und weiter nach Bad Godesberg)?
- Wie wollen Sie generell die Reaktivierung von stillgelegten Schienenstrecken vorantreiben, um auch in der Fläche wieder mehr Schienenverkehr zu ermöglichen?

7. Radverkehrsplanung

Die Verbesserung der Bedingungen für den Radverkehr sind für die dringend notwendige Verkehrswende unerlässlich. Zielkonflikte zwischen dem radverkehrsgerechten Ausbau von Wegen und dem Natur- und Landschaftsschutz sind zu vermeiden. Solche zwischen dem MIV und den übrigen Nutzungen sind unvermeidlich. Wenig sensible Planung von Radwegen durch Grünanlagen und Parks, wenn sie mit Fällung von Bäumen verbunden sind, ist kein Beitrag zum Klimaschutz.

- Sind Sie bereit, die Verkehrsflächen im vorhandenen Straßennetz neu aufzuteilen und auf Kosten von Flächen für den motorisierten Individualverkehrs mehr Platz für breite Rad- und Radschnellwege zu schaffen?
- Werden Sie sich für die Schaffung eines flächendeckenden Fahrradnetzes einsetzen, ohne dabei die Belange des Natur-, Baum- und Artenschutzes außer Acht zu lassen?